

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich. Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Trabstr. (Neubau). Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden. Als dienendes Glied schließst Du ein Ganzes Dich an.

Inserate: Die 6spalt. Zeile wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9508 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Laftenverteilung.

Es ist eine lebenswichtige Frage, welche Schichten für die Staatsausgaben aufkommen sollen. Entlasten die Staatsausgaben, wie in Deutschland, auch noch große Reparationslasten, so wird die Frage nach der Verteilung der Lasten doppelt schwerwiegend. Aber auch ohne Reparationslast bleibt es sehr wichtig, welche Schichten der Bevölkerung zur Deckung der Staatsausgaben herangezogen werden. Die Steuern nehmen einen Teil des Einkommens für die Staatsbedürfnisse in Anspruch. Für die Massen, die ihr Einkommen für den täglichen Verbrauch verwenden müssen, bedeuten sie eine Einschränkung des Verbrauches. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, die ohne Gelddresen von der Hand in den Mund leben muß, ist schon durch das Lohnverhältnis genug eingeschränkt, insbesondere wenn das Angebot an Arbeitskraft dank des Bevölkerungszuwachses groß ist. Tritt noch die Verminderung der Nachfrage an Arbeitskraft hinzu — wie es in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise der Fall ist — so ist ein Lohnbruch die Folge, der den Verbrauch des Arbeiters sinken läßt. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit legen ein weiteres Übergewicht auf den Verbrauch der Arbeiterfamilie. Die Wucherpreise des Monopolkapitals für die Waren, des Finanzkapitals für das Geld, verteuern die Lebenshaltung und tragen zur weiteren Einschränkung des Verbrauches bei. Das Proletariat, dessen Verbrauch auf diese Weise vorbelastet ist, soll nun auch zur Verringerung der Staatsausgaben herangezogen werden. Sämtliche Gesichtspunkte fordern, daß es mit der größten Schonung behandelt werde; die Gerechtigkeit, die aufs größte verletzt wird, wenn die Lasten auf die Schultern der Schwächsten gelegt werden, die Volksgesundheit, die durch übergroße Belastung der Lohnempfänger untergraben wird, schließlich auch das Wohl der Volkswirtschaft, zu deren lebenswichtigen Kreislauf verbrauchsfähige Wirtschaftssubjekte gehören.

Diese elementaren Forderungen werden dennoch außer acht gelassen. Überall in den großen Kapitalistenstaaten wird statt des Reichtums das Elend besteuert. Die Staaten zehren nicht von der Substanz oder den arbeitslosen Renteneinkommen der Vermögenden, sondern von den Notpennigen der Nurverbraucher. Die Merkmale dieser Lage sind: Hohe Lohnsteuern, Verbraucher-, Monopol-, Umsatz-, Transportsteuern und Zölle auf der einen, keine oder geringfügige Grundrenten, Erbschafts-, Vermögens- und Luxussteuern auf der anderen Seite. (Von der Rolle der Einkommensteuer reden wir an dieser Stelle absichtlich nicht.) Für die Steuerpolitik Deutschlands, Frankreichs und des schiffreichen Italiens ist zum Beispiel die ungeheure Belastung des Verbrauches der gemeinsame Zug; liest man die letzten Steuerausweise für den Monat Juli, so sieht man zum Beispiel, daß sowohl in Deutschland als in Frankreich mehr als die Hälfte der Einnahmen auf die Verbrauchs- und Verkehrssteuern entfällt. Wir möchten aber bei diesen bekannten Tatsachen der ungerechten Lastenverteilung nicht länger verweilen, sondern den ihr zugrunde liegenden Mechanismus ins Auge fassen.

Die Frage, wer die Staatsausgaben tragen soll, wird in den Machtkämpfen entschieden, die darum geführt werden; die Lastenverteilung hängt von den jeweiligen Machtverhältnissen ab. Indessen können wir feststellen, daß die Arbeiter, Angeestellten und Beamten bei der Verteilung der Steuerlasten in der Regel schlimmer wegkommen, als es ihrer politischen Macht und Bedeutung entsprechen würde. Die Kräfte, welche ihnen entgegenstehen, wirken sich in mannigfaltiger Form aus und vermögen die demokratische Steuerreform zu vereiteln. Neben dem politischen Machtkampf steht sich das Proletariat einer Anzahl von Mauern gegenüber, die den Weg zu einer gerechten Lastenverteilung verbauen. Mit großer Kunst konnte das landwirtschaftliche und industrielle Kapital diese Mauern errichten. Eine große, gelungene Bresse steht diesem zur Verfügung, um im gegebenen Fall zu beweisen, daß die Steuern auf Besitz und Vermögen unzumutbar sind, entweder weil sie nichts tragen oder weil sie die Produktion unterbinden würden. In steuerlichen Fragen ist ein unabwehrbarer Raum für die Irreführung der öffentlichen Meinung. Eine proletarische Steuerpolitik muß mit ihren Leibern zu schwachen propagandistischen Mitteln gegen eine Mauer von steuerlichen Lügen und falschen Vorstellungen ankämpfen. Das Kapital scheut in seinem Kampfe gegen die Besteuerung von der Anwendung von Mitteln nicht zurück, die es beim Proletariat schärf verurteilt, ja verfolgt. Als die französischen Arbeiter vor zwei Jahren die Bezahlung der nach ihrer Auffassung höchst ungerechten Lohnsteuern verweigerten, wurde ihr letztes Hab und Gut versteigert. Versucht man aber, wie es in England und der Schweiz der Fall war, eine Vermögensabgabe einzuführen, so droht das Kapital sofort mit Auswanderung. In der Tat konnte in diesen Ländern die Vermögensabgabe vereitelt werden. Wir sind an die Drohungen der Landwirtschaft, die Verlieferung der Städte mit Nahrungsmitteln zu unterlassen, falls gewisse ihr unliebsame Steuern eingeführt werden, gewöhnt. Bisher fehlte es aber überall noch an der Macht des Staates, diesen Maßnahmen mit Erfolg entgegenzuwirken. Im übrigen

fördern oft die Regierungen, selbst wenn sie nicht einseitig die Interessen der Besitzenden vertreten möchten, die steuerliche Reaktion. Unglücklicherweise sind die Steuern des armen Mannes — die Verbrauchs- und Verkehrssteuern — am bequemsten zu erheben und ihr Ertrag ist, da sie die Lebensnotwendigkeiten der breiten Schichten treffen, am sichersten. Diese Bequemlichkeit verleitet oft auch nicht reaktionäre Finanzminister zu ungerechten Steuervorschlägen. Auch diese Mauer kann nicht leicht beseitigt werden.

Eine weitere Verschlechterung der Lastenverteilung erfolgt durch die Zollpolitik. Die Zölle werden unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Produktion, der nationalen Arbeit eingeführt. Indem aber die Zölle reine Verbrauchssteuern darstellen, die den täglichen Verbrauch verteuern, wird das Steuersystem in die Richtung der Verbrauchssteuern verschoben. Die aus den Zöllen zu erwartenden Einkünfte verleiten zudem die Regierungen, auch völlig unberechtigten Forderungen der Industrie und Landwirtschaft Gehör zu schenken.

Gelingt es aber dem Proletariat, das Steuersystem in die Richtung der direkten Steuern zu lenken, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß es auch diese Steuern unter Umständen nicht selbst tragen muß. Es stellt sich ihm die schwierige Frage der Steuerüberwälzung entgegen, die darüber entscheidet, wer letzten Endes die Lasten tragen muß. Die Einkommensteuern, die von den Warenproduzenten oder -verkäufern bezahlt werden, erscheinen diesen als Betriebskosten, die in den Kaufpreis hineinfakturiert, mit anderen Worten auf die Verbraucher überwälzt werden müssen. In welchem Maß die Überwälzung in der Wirklichkeit gelingen wird, hängt von verschiedenen Umständen, in erster Linie von den Löhnen und Preisen ab. Der Kampf um höhere Löhne und niedrigere Preise ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Steuerüberwälzung auf die Lohnempfänger und die Verbraucher überhaupt. Unternehmungen, die mit billigeren Herstellungskosten arbeiten, wird die Überwälzung in der Regel durchweg gelingen, indem sich die Marktpreise nach den Verhältnissen der am teuersten Erzeugenden richten. Es gibt allerdings eine Anzahl von Steuern, die schwerlich zu überwälzen sind: so die Grundrentensteuer, die Erbschaftsteuer; gegen diese richtet sich der erbitterte Kampf des Kapitals. Die Überwälzbarkeit der Steuern ist also die weitere starke Mauer gegen eine gerechte Steuerpolitik.

Auch haben bisher der Völkerverbund und das Komitee der Sachverständigen einer gerechten Lastenverteilung entgegengearbeitet. Der Völkerverbund hat bisher zwei „Sanierungen“ durchgeführt, die Österreich und Ungarn. Beide stützen sich auf Verbrauchssteuern und schonen den Reichtum und das Kapital. Hat man dies für Österreich noch einigermaßen zu begründen vermocht, so kann man für Ungarn, wo gegenwärtig mehr als die Hälfte der Einnahmen auf Umsatzsteuern entfällt und wo die Belastung des Großgrundbesitzes vollkommen fehlt, nicht einmal den Schein der Berechtigung für einen solchen Sanierungsplan aufbringen. Der Sachverständigenplan hat die Reparationssummen zum größten Teil durch Einnahmen aus dem Verbrauch und Verkehr gesichert. Diese Steuern beziehungsweise Frachttarife müssen immer hochgehalten werden. Sie bilden eine schwere Vorbelastung im Kampf für die Verteilung der Reparationssummen. Es folgt aber auch sonst aus dem Gutachten, insbesondere aus den Verfügungen über den Transfer (Überweisung der Reparationsbeträge), daß die Lasten möglichst von den Verbrauchern getragen werden sollen. Um je größere Reparationsbeträge über die deutsche Grenze führen zu können, werden die Gläubiger Deutschlands die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung möglichst niedrig halten, damit die Preise sinken und die Waren, statt im Inland verzehrt zu werden, ausgeführt werden können. Die Verbrauchssteuern sollen aber diesen Zweck fördern. Die deutsche Arbeiterschaft muß diese Absichten bekämpfen. Im Proletariat des Auslandes wird sie Verbündete haben. Dieses muß nicht nur aus Solidarität, sondern auch aus eigenem Interesse die Hebung der Kaufkraft der deutschen Arbeiterschaft und die Verhinderung von Dumpingpreisen anstreben. Das hier angeführte Beispiel soll nur die Fernwirkung des Gutachtens auf die Lastenverteilung an einem Punkt beleuchten. Der Kampf um die gerechte Lastenverteilung muß ausgefochten werden. In den obenstehenden Ausführungen wurde auf die Schwierigkeiten eines erfolgreichen Kampfes hingewiesen. Es erfordert die größte Energie und Kampfbereitschaft, um ihrer dennoch Herr zu werden.

Die Leipziger Herbstmesse.

Die Leipziger Herbstmesse brachte den Fabriken keine großen Aufträge und nicht die gewünschte Befriedigung. Über den Gang des Messengeschäfts gibt es nur die eine Meinung: Es war schlecht.

Dem „Vorwärts“ wurde folgender Bericht von der Messe erstattet:

„Im Verlauf der Leipziger Messe haben sich die Hoffnungen auf eine Belebung des Geschäfts nicht erfüllt. Wo sich der Markt einigermaßen entwickelte, blieben die Umsätze gegen die Frühjahrsmesse 1924 recht bescheiden und gering.

Das ist der Fall, obwohl vom Ausland und auch Inland bringender Bedarf vorliegt und große Konzerne die seit März bzw. April d. J. verhängte Einlaufsperrung teilweise aufgehoben haben. Selbst die Einräumung von Krediten, die von den Verkäufern sehr liberal angeboten werden, konnte bis jetzt an der Zurückhaltung der Käuferkraft, die überhaupt geringer ist als im Frühjahr, nichts ändern. Auch sonst sind die Verkäufer in ihren Bedingungen äußerst entgegenkommend, so daß ein Geschäft wohl heute kaum der Konditionswünsche der Kundschaft wegen unterblieben ist. Aber man ist im großen und ganzen in der Abnehmerkraft im Unterschreiben von Wechslern sehr vorsichtig, da das Herankommen von Außenländern immer noch sehr ungewiß ist.

So ist die Herbstmesse 1924 im großen und ganzen eine recht laue Messe geworden. Ohne Zweifel kann festgestellt werden, daß sie wohl die schlechteste Messe ist, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Für diese Entwicklung ist nur die Preisfrage verantwortlich zu machen. Vor der Messe hatte man in weiten Kreisen erwartet, daß die großen Preisstarke die Preisstellung für die Leipziger Tage freigeben würden. Das ist nicht geschehen. Vielmehr hat man hier und da Erhöhungen vorgenommen, obwohl die Preise durchweg viel zu hoch sind.

Schon der Kampf um den Preis, der ja das Messengeschäft überhaupt ausmacht, zeigt, daß man bei Beurteilung der künftigen Wirtschaftskonjunktur, besonders der Wirtschaftslage im Herbst und im Winter, den Verlauf der Leipziger Herbstmesse nicht allzu sehr mitprechen lassen darf. Ohne Zweifel wird im Anschluß an Leipzig noch manches und größeres Geschäft zustande kommen, wenn erst der Streit um den Preis geklärt und entschieden ist. Auch der Fortfall der Zollschranken, die die wichtige rheinisch-westfälische Wirtschaft wieder dem deutschen Markt anschließt und neue Käufer gewinnt, wird in diesem Sinne ausgelegt. Ferner erwartet man von der durch auskömmliche Getreidepreise gestärkten Kaufkraft der Agrarbevölkerung eine Belebung des Handels.

Man kann zusammenfassend über die Leipziger Messe sagen: Die Ursachen der Krise, die sich im Preisproblem darstellen, sind materiell nicht überwinden. Dagegen sind die psychologischen Ursachen heute bereits fortgeschritten. Im großen und ganzen steht sich der Gedanke an die Notwendigkeit einer normalen Wirtschaftsführung allgemein durch.

Der volkswirtschaftliche Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, Dr. Felix Pinner, schreibt u. a. darüber:

„Käufer und Verkäufer sind im allgemeinen nicht mit dem Bestand an Abschüssen aus Leipzig abgereift, die sonst bei vielen Branchen so etwas wie ein Produktions- oder Eindeckungsprogramm für eine Reihe zukünftiger Monate umgrenzen konnten. Sie sind durch den Verlauf der Messe nicht klüger, sondern im Gegenteil vielleicht verwirrter und schwankender geworden, als sie es vorher gewesen waren. Klarheit über die Wege, die die Konjunktur in der nächsten Zeit einschlagen wird, ist nicht erreicht; manche Konjunkturlombinationen hingegen sind erschüttert oder zum mindesten in Frage gestellt worden.

Über die Gründe der schlechten Messe konnte man aus dem Munde der verschiedenen Aussteller das Verschiedenste hören. Manche — und das waren die Optimisten — meinten, die Messe hätte drei Wochen zu früh stattgefunden. Die Annahme des Dawes-Gutachtens, die wenige Tage vor dem Beginn der Leipziger Messe noch ganz unsicher gewesen wäre, hätte sich noch nicht in den Köpfen der Käufer, geschweige denn in den realen Entwicklungsbedingungen des Geschäftsliebens auswirken können, und die zeitlich später stattfindenden Wechsellagen an anderen Plätzen würden diesmal die günstigeren Bedingungen vorfinden, die letzten würden sozusagen die ersten sein.“ Andere wiederum suchten für das Leipziger Fiasko tiefer liegende Gründe. Sie meinten, daß der Misserfolg der Messe sich aus der stark reduzierten Kaufkraft der deutschen Bevölkerung und derjenigen Schichten des Handels erkläre, die als Käufer für die Messe in Betracht kämen. Wieder andere schließlich meinten, daß diese Kaufkraft gar nicht so gering sei, jedenfalls nicht so gering, wie dies dem außerordentlich geringen Umfang des Leipziger Verkaufsgeschäftes entsprechen würde. Schon jetzt hätten die Abnehmer mehr kaufen können, als sie tatsächlich getan haben. Und wenn sie die zukünftige Erleichterung der Kredit- und Kapitalverhältnisse, die als Auswirkung des Dawes-Planes, der 800-Millionenleihe und der sonstigen ausländischen Kredite fast allgemein erwartet wird, auch nur mit der gebotenen Vorsicht in Rechnung gestellt haben würden, so hätten sie ungewissheit weit größere Bestellungen machen können, zumal ja die Messeaufträge erst nach einer Reihe von Monaten abgewickelt zu werden pflegen, und fast überall über den Lieferungstermin hinaus Zahlungsziele von 30 Tagen und mehr zu erreichen waren. Nach dieser letzteren Ansicht wollten die Abnehmer in Leipzig nicht kaufen. Sie wollten sich auch jetzt trotz der vorgeschrittenen Saison und der ziemlich weitgehenden Räumung ihrer Lager nicht festlegen, weil die Ab- und Preisentwicklung ihnen zu unsicher erschien und sie lieber das Risiko des Abwartens eingehen wollten als das Risiko der vorzeitigen Einbedung. Vielfach war die Zurückhaltung der Käufer so groß gewesen, daß sie überhaupt gar nicht auf die Messe gekommen oder nach ganz kurzem Verweilen wieder abgereift waren. Die sogenannten „Schleute“, die sonst das äußere Bild des Messetriebes so impotent gestaltet und den Ueberblick so erschwert hatten, waren diesmal fast ganz ausgeblieben. In den Messenhäusern, in denen sonst die Besucher massen sich gedrängt und gehoben hatten, herrschte ramentlich am Anfang und in der zweiten Hälfte der Messe eine gähnende Leere, und dieses Bild wirkte so desillusionierend auch auf manche Aussteller, daß man z. B. in der Schuh- und Ledermesse am Mittwoch nur noch ganz wenige fremde Stände im übrigen aber nur Firmenschilder und gepackte Koffer sah.

Die vorstehenden Ausführungen ergeben ein sehr ungünstiges Bild und lassen keinerlei Optimismus aufkommen. Sollen wir deswegen alle Hoffnung verlieren? — Nein! Im Vorjahr sah die Zukunft weit trüber aus, und die eigentliche Krise stand für jedermann ersichtlich — der deutschen Wirtschaft noch bevor. Inzwischen haben sich jedoch in Europa politische Er-

eignisse abgepielt, die für die weitere Gestaltung doch viel erfreulicher zu nennen sind wie die Zustände im verflohenen Jahr. Wenn das von Deutschland nun angenommene Dawes-Gutachten nur die geringsten Erwartungen erfüllen sollte, so ist ein Hinblick darauf doch wesentlich hoffnungsvoller, als die traurigen Aussichten auf die rasende Inflation des Vorjahres. Das darf bei dem Weltwirtschaftsbarometerstand, wie ihn die Messe mit ihrem Ausgange darstellt, nicht übersehen werden. Es müssen die nächsten Monate schon noch abgewartet werden, ehe ein Schluss über die Messe-Ergebnisse gezogen werden kann.

Selbstverständlich wäre es verfehlt, wenn etwa die Arbeiter unter dem Hinweis auf die schlechten Nebenschlüsse von den Unternehmern zu weiteren Lebenshaltungsverschlechterungen gezwungen würden. Niemand könnte damit eine Besserung der Industrie herbeiführen. Selbst wenn die Arbeiter umsonst arbeiten würden, käme die Wirtschaft nicht in Gang. Mit jedem Tag wird immer mehr ersichtlich, daß die geringe Kaufkraft der Industriebeschäftigten die Ursache für das schlechte Wirtschaftslieben ist. Soll dieses sich haben nach dem schlechten Messeergebnis, dann müssen die Gebel anderswo angelegt werden.

Die Arbeiterchaft tut demnach gut, den Lamentationen einiger Unternehmer keinen Glauben zu schenken oder gar weitere Verschlechterungen in bezug auf Lohn oder Arbeitszeit hinzunehmen. Die feinkamerischen Unternehmer haben die für die Arbeiterchaft ungünstigen Umstände mehr als auszunutzen gewußt. Wie unwirtschaftlich sie handeln, beweist ihre Preiserhöhung kurz vor der Herbstmesse, ohne jegliche Ursache. Sie scheinen mit Absicht eine Vollbeschäftigung ihrer Betriebe hinauszögern zu wollen, um eben die schlechte aber für sie immer noch einträgliche Wirtschaftslage zur Bedrückung und Anbelung der Arbeiterchaft weiter auszunutzen. Man wird nun abwarten müssen, ob sie mit dieser ihrer Taktik, die durch den Ausgange der Herbstmesse noch unterstügt wird, persönliche Erfolge haben werden. Die Wirtschaft kann so nicht gesund werden.

Die Auswirkung der Londoner Beschlüsse auf die Arbeiterchaft.

Die Annahme des Dawes-Gutachtens durch die deutsche Regierung und den Reichstag stellt zweifellos eine schwere Belastung für die deutsche Volkswirtschaft dar. Ob die festgesetzten Zahlungen und Sachwertleistungen, wenn sie erst auf voller Höhe stehen, für die Dauer möglich sind, wird ja erst die Zukunft lehren. Erfolgt jedoch die Verteilung der Lasten durch die deutsche Gesetzgebung so, wie es in dem Sachverständigen-Gutachten vorgeschlagen ist — und bei der Zusammenfassung des derzeitigen Reichstages ist beinahe nicht zu erwarten — dann müssen sieben Ahtel der auszubringenden Summen durch Erhöhung der Eisenbahnfrachten, Eisenbahn- und Verbrauchssteuern, aus Zöllen und einem Tabakmonopol herausgeholt werden. Das bedeutet nichts weiter als eine starke Steigerung aller Warenpreise, also eine Abwälzung auf die große Masse, und bei den heutigen unzureichenden Löhnen eine ungemessene Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft. Aber noch nicht genug damit. Auch Getreidezölle sollen wieder eingeführt werden. Dem Reichstag liegt bereits eine derartige Gesetzesvorlage vor. Dadurch würde nicht nur das Brot verteuert, sondern auch alle anderen Lebensmittel würden weiter mit im Preise steigen, obwohl diese doch auch jetzt noch erheblich über den Vorkriegspreisen stehen. Dieselben Landwirte, die während der Inflationszeit das Geld geschneit haben die sämtlichen Hypotheken abtragen und sich völlig schuldenfrei machen konnten, die Neubauten errichtet und die neuesten landwirtschaftlichen Maschinen gekauft haben, die sich mit Wäsche und Kleidung, mit Schuhwerk und Hausrat aller Art auf viele Jahre hinaus vorluden konnten, nun, daß sie nicht mehr existieren können und schreien nach Schutz. Nun, da ihnen die Inflationsgewinne nicht mehr so zufließen, wie ehemals, wo sie den Städten nicht mehr in dem Maße auswuchern können — wo Landwirte das Papiergeld zurückwiesen und den Draufgang vom Finger verlangten für einige Pfund Kartoffeln, die Arbeiter sich auf den Dörfern holten — treiben sie eine strupellose Agitation für Lebensmittelszölle, wochen auf ihre organisierte Macht in den Landverbänden und drohen der städtischen Bevölkerung mit Lieferstreik. Wenn das Strafgelebe für alle gelten soll und Landeserrat bestraft wird, dann ist dieser Begriff sicherlich gegeben. Daß die Not groß ist im Lande, soll nicht geleugnet werden, denn täglich liest man in den Zeitungen von Selbstmorden aus Mangel an Nahrungsmitteln. Es sind aber immer Regionen aus dem Arbeiterstande oder Kleinrentner, die auf diese Weise ihrem Leben ein Ziel gesetzt haben; ein Landwirt war noch nicht dabei.

Da durch die von der Regierung betriebene Wirtschaftspolitik eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung eintritt, so ergibt sich daraus für die Arbeiterchaft die Notwendigkeit, einen Ausgleich durch Erhöhung der Löhne zu fordern. Um dies gegenüber dem organisierten Unternehmertum durchsetzen zu können, ist es erforderlich, unsere Organisation zu stärken und deren Schlagfertigkeit zu erhöhen. Dazu gehört vor allen Dingen auch, daß die Beiträge in der statutarischen Höhe von allen Mitgliedern gezahlt werden damit die nötigen Gelder zur Kampfführung vorhanden sind. Unter den unorganisierten Kollegen muß eine andauernde Agitation nicht nur von den Funktionären des Verbandes, sondern von allen Mitgliedern betrieben werden. Es muß ihnen gesagt werden, wie wenig sie ihre eigenen Interessen erkennen, wenn sie glauben, durch Erspargung des Verbandbeitrags einen Vorteil für sich zu haben; denn, indem sie abwärts gehen, schwächen sie den Verband, und es ist dann nicht möglich, zu geeigneter Zeit das an Lohnerhöhung durchzusetzen oder die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu abzuwehren, als möglich wäre, wenn sie ihre Interessenvertretung erkennen würden und dem Verbandsangehörten. Denn das ist sicher: In den Betrieben Branchen und Industrien, in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen alle organisiert und überzeugte, zuverlässige und opferwillige Mitglieder sind, wird es am ersten noch möglich sein, höhere Löhne zu erreichen, die einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung bieten. Da jedoch, wo keine Organisation besteht, oder sie sehr schwach ist, wird die Arbeiterchaft die Reparationslasten am stärksten zu spüren bekommen. Die Tragung der Reparationslasten wird im umgekehrten Verhältnis zur Stärke der Organisation stehen. Sch.

Krankenunterstützung für Erwerbslose.

Gemäß § 21 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 gilt für die Versicherung der Erwerbslosen bei der Krankenkasse als Grundlohn der Betrag, den der Erwerbslose als Erwerbslosenunterstützung für seine Person erhalten würde, wenn er nicht erkrankt wäre. Diese Bestimmung besagt also nicht mehr und nicht weniger, daß der erkrankte Erwerbslose während der Zeit seiner Erkrankung erheblich weniger, in den meisten Fällen wohl nur 50 v. H. als Krankengeld bekommt, als er gegenüber dem, was er als Erwerbslosenunterstützung für seine Person bekommen hätte. Es würde also in den Zeiten, wo eine besondere Pflege nötig ist, ein kranker Erwerbsloser noch dadurch bestraft für seine Krankheit, indem man ihm erheblich weniger an Unterstützung zahlt.

Der Reichstag hat einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, welcher den § 21 dahin ändert, daß als Grundlohn nicht mehr der einfache, sondern der doppelte Betrag zu gelten hat, den der Erwerbslose als Hauptunterstützung für seine Person erhält. Im Reichsgesetzblatt, Teil I, S. 681, wird nunmehr die neue Fassung des § 21 der Verordnung über Er-

werbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 wie folgt bekanntgegeben:

„Als Grundlohn gilt das Doppelte des Betrages, den der Erwerbslose als Erwerbslosenunterstützung für seine Person erhielte, wenn er nicht erkrankt wäre.“

Die Leistungen der Krankenkasse bestimmen sich nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.

Das Krankengeld darf jedoch nicht höher sein, als die Erwerbslosenunterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhielte, wenn er nicht erkrankt wäre.

Streit über Beiträge und Leistungen wird im Verfahren nach der Reichsversicherungsordnung entschieden.“

Nach dieser neuen Bestimmung gilt also der doppelte Betrag, welchen der Erwerbslose für seine Person als Unterstützung erhält, als Grundlohn, und hat folgedessen die Erwerbslosenfürsorge entsprechend diesen neuen Bestimmungen die Erwerbslosen bei der Krankenkasse zu versichern.

Wenn also nunmehr ein Erwerbsloser erkrankt, so hat er als Krankengeld für seine Person den Betrag zu erhalten, welche die Krankenkasse auf den doppelten Unterstützungsbetrag als Grundlohn gerechnet zahlt. Damit nun aber der Erwerbslose im Falle der Erkrankung bestimmt nicht mehr erhält, als wenn er nicht krank wäre, ist die Bestimmung aufgenommen, daß das Krankengeld nicht höher sein darf, als die Erwerbslosenunterstützung. Würde eine Krankenkasse 60 oder 70 Proz. des Grundlohnes als Krankengeld zahlen, so würde das Krankengeld höher sein, als wie die Erwerbslosenunterstützung und muß in diesem Falle, wenn dem Gesetze Rechnung getragen werden soll, daselbe auf 50 Prozent des Grundlohnes gekürzt werden.

Da wohl keine Krankenkasse weniger wie 50 Prozent des Grundlohnes als Krankengeld gewährt, so bekommt von jetzt ab jeder Erwerbslose als Krankengeld den gleichen Betrag, welchen er im Falle der Nichterkrankung aus der Erwerbslosenfürsorge erhalten würde.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß ein kranker Erwerbsloser außer dem Krankengeld für seine Familienmitglieder die Familienzuschläge aus der Erwerbslosenfürsorge gemäß § 25 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge zu beanspruchen hat.

Nach dieser Neuordnung hat also der Erwerbslose im Falle der Erkrankung die gleichen Beiträge zu bekommen, als wenn er nicht erkrankt wäre, wogegen nach den früheren Bestimmungen bei der Erkrankung eines Erwerbslosen die Beiträge (Krankengeld und Familienzuschläge) niedriger waren, als wie die Erwerbslosenunterstützung.

Bemerkenswert ist noch ein Beschluß des Reichsarbeitsministers vom 27. Mai 1924 an den preussischen Minister für Volkswohlfahrt, nach welchem die Zeit, während der ein Erwerbsloser nach § 25, Absatz 13 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge wegen Bezuges von Krankengeld nur die Familienzuschläge der Erwerbslosenfürsorge erhält, diese auf die zulässige Höchstbauer der Erwerbslosenfürsorge, § 18, Absatz 1 und 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, nicht anzurechnen ist.

Die Zeit, während der ein Erwerbsloser für seine Person Krankengeld bezieht, gilt demnach nicht als Erwerbslosigkeit im Sinne des § 18 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Mit dem 10. Januar 1925 erlangt Deutschland seine Handelsfreiheit auf dem Gebiete wieder, die ihm der Versailler Vertrag genommen hatte. Auf diesen Moment bereiten sich nun die Parteien vor. Besonders schwierig wird sich die Herstellung eines neuen Handelsvertrages mit Frankreich gestalten, denn hier vermischen sich politische und wirtschaftliche Kräfte am stärksten und gefährlichsten. Die Londoner Konferenz hat gezeigt, daß Frankreich durch Konzessionen auf politischem Gebiete (Räumung der Ruhr) Vorteile auf dem Handelspolitisch einzutauschen beabsichtigt. Daher ist es wichtig, einen Überblick über die hier vorliegende Lage zu gewinnen. Die französische Politik ist gekennzeichnet durch den krassen Merkantilismus, wie er noch irgendwo auf der Welt zu finden ist. Frankreich hat sich mit einem dichten Gürtel von Schutzzöllen umgeben, der nur den wenigsten nicht in Frankreich selbst hergestellten Waren den Eintritt gestattet. Deutschland rüstet sich zwar auch auf eine ungeliebte Verschärfung seiner Schutzpolitik, geht aber von den eifrigen Propagandisten der großkapitalistischen Interessengruppen. Doch hat es noch lange nicht jenen Grad von Abkapselung erreicht wie Frankreich. Das beste für beide Nationen wäre sicherlich die Eröffnung des Freihandels. Aber davon kann unter den heutigen Umständen nicht die Rede sein. — Vom Politischen abgesehen, stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Das französische Erz- und das französische Eisenhütten- und Gußeisen drängt auf Export nach Deutschland. Durch die Kriegsentwicklung der heimischen Industrie und die „Friedens“annexionen ist die Leistungsfähigkeit der französischen Schwerindustrie gewaltig gewachsen. Man hat berechnet, daß etwa 6 Millionen Tonnen Eisenerzeugnisse und 20 Millionen Eisenröhren im Jahre exportiert werden können, nachdem der inländische Bedarf vorliegt. Wenn das Saargebiet mit dem nächsten Jahr in das französische Zollgebiet aufgeht, wird der innerfranzösische Markt noch mehr belastet. Die Einfuhrbereitschaft Frankreichs aber ist sehr gering. Sie erstreckt sich hauptsächlich auf Rohstoffe, von dem Frankreich jährlich etwa sechs Millionen gebraucht. Aber die deutsche Ausfuhr kann sich nicht damit zufrieden geben. Die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie, ebenso wie die Maschinenindustrie haben früher viel nach Frankreich geliefert. Die inzwischen dort entstandene Industrie will sich aber den Markt durch Zoll sichern. Ähnlich liegt es auf dem Gebiete der chemischen, optischen, der Leder- und der Schmutzwarenindustrie. Diese hervorragenden deutschen Exportindustrien hätten allen Grund, ihre Ansprüche auf Berücksichtigung bei den kommenden deutsch-französischen Verhandlungen anzumelden. Das wichtigste Handelsobjekt für die deutsche Exportindustrie sind dabei die Frage der Einfuhr französischer Holzprodukte sein. Die deutsche verarbeitende Industrie muß jedenfalls wünschen, daß der Rohstoffbezug un-

Der Kampf um die Getreidezölle.

Nach der Verabschiedung der Dawes-Gesetze werden die Deutschen den Franzosen die Rechnung vorzeigen und die sofortige Einführung der Getreidezölle fordern. In der Zeit steigender Getreidepreise das Brot durch Getreidezölle zu verteuern, ist ein Verbrechen gegen die Volksgesundheit, dem sich die Verbraucher mit allen Kräften widersetzen müssen. Durch die Getreidezölle wird die industrielle Produktion verteuert, die landwirtschaftliche dagegen nicht gefördert. Sie geben nur der letzteren Gelegenheit, sich auf das Faulbett zu legen. Auch muß das handelspolitische Argument antkräftet werden. Demzufolge seien die Getreidezölle nötig, um bei den Verhandlungen mit anderen Ländern als Waffe gebraucht zu werden. Auf Grund der unheimlich hohen Getreidezölle der Jahre 1902 bis 1906 wird aber die Erzielung brauchbarer Handelsverträge sicherlich nur erschwert. Wäre unter den gegenwärtigen Marktverhältnissen ein besonderer Schutz für die Landwirtschaft nicht zu vermeiden, so muß jedenfalls auf den Ansturm der starken, unbeweglichen Getreidezölle, welche zu Zeiten hoher oder niedriger Weltmarktpreise gleichbleibend sind, hingewiesen werden. Ein Getreide-einfuhrmonopol, schlammigfalls aber auch gleitende Getreidezölle können der Landwirtschaft den Schutz ausländischer Konkurrenz mit Sicherheit gewährleisten, ohne die rücksichtslose

Ausbeutung der Verbraucher, ohne unnötige Nebentenerung des Brotpreises. In erster Linie müßte man aber den Großgrundbesitzern, welche heute den Schutzoll am lauten fordern, und doch die Großgrundbesitzer die einzigen Nutznießer des Schutzollens — die Lust nehmen. Sie spekulieren auf die Ergerung der Bodenrente. Dieses Riesengeschäft dürfte aber als Ergebnis des Schutzollens nahezu zufallen. Man muß aber im vorhin bestimmten, daß für den Fall des Getreidezölles eine von allen sonstigen Steuern und Abgaben unabhängige Bodenertragssteuer in stark progressiver Form, und Freilassung des Kleinbesitzes, in der Höhe und mit dem Ertrahen wird, der dem Vollbetrag gleichkommt. Der Verlass einer diesbezüglichen Anregung in der „Frankfurter Zeitung“ 3. V. 1924, schlägt vor, daß der Ertrag dieser Bodenertragssteuer von derollerhöhung schwer betroffenen Verbraucherlichen Arbeiter, Kriegsbeschädigte, Sozial- und Kleinrentner durch entsprechende Ermäßigung der Lohnsteuer und Erhöhung der farglichen Sozialleistungen voll ausgeführt werden soll.

Betriebsratspraxis.

Es empfiehlt sich, im Betriebsrat einen Schriftführer wählen. Dieser hat in den Sitzungen die Niederschriften aufzufertigen, die Einladungen und Tagesordnungen zu verlesen und dergleichen.

Die für die Geschäftsführung erforderlichen Bedürfnisse für den Arbeitgeber zu besorgen und den Mitgliedern nach Bedarf zu übergeben.

Auch die Wahl eines Kassierers ist zu empfehlen. Dieser führt die Geschäfte gemäß §§ 35 u. 36 des Betriebsratsgesetzes. Sämtliche Kosten und Aufwandsentschädigungen sind ihm anzumelden, von ihm einzuziehen und auszusahlen. Er führt darüber Buch.

Einberufung der Sitzungen des Betriebsrats und Teilnahme des Arbeitgebers an denselben.

Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Betriebsrats ein. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Betriebsrats hat er eine Sitzung anzuberufen und die beantragten Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung zu setzen. Das gleiche gilt, wenn der Arbeitgeber es beantragt. Der Arbeitgeber nimmt außer an den Sitzungen, zu denen er eingeladen ist, auch an denen teil, die auf seinen Antrag einberufen sind. Ihm kann in diesen Sitzungen der Vorsitz übertragen werden. (§ 29.)

Wenn es im Gesetz heißt, daß dem Unternehmer der Vorsitz in den Sitzungen des Betriebsrats, an denen er teilnimmt, übertragen werden kann, so heißt das, daß er kein Recht hat zu verlangen, den Vorsitz zu führen, daß die Übertragung des Vorsitzes immer nur im Einvernehmen und Einverständnis des Betriebsrates geschehen kann. Im übrigen hat der Arbeitgeber kein Recht der Teilnahme an Sitzungen und keinen Einfluß auf die Tagesordnung. In den Sitzungen, an denen er teilnehmen kann hat er natürlich Rede- und Antragsrecht, er ist auch nicht stimmberechtigt. Er steht ihm frei, sachverständige Angehörige des Betriebes mitzubringen. Erscheint der Unternehmer trotz rechtzeitiger Einladung nicht oder wird eine Einigung über strittige Punkte nicht erzielt, so ist sofort der Schlichtungsansatz bzw. der Gewerbeinspektor anzurufen.

Für das Stattfinden der Sitzung ist § 30 des BtG maßgebend.

Zu den regelmäßigen Sitzungen ergehen Einladungen mit Bekanntgabe der Tagesordnung an die Betriebsratsmitglieder drei Tage vor der Sitzung. In den anderen Sitzungen wird möglichst frühzeitig geladen.

Der Arbeitgeber ist im Bedarfsfalle drei Tage vor der Sitzung zu laden.

In dringenden Fällen ist die Sitzung, an welcher er teilnehmen soll, mit dem Arbeitgeber besonders zu vereinbaren.

Der Arbeitgeber ist von Sitzungen während der Arbeitszeit in Kenntnis zu setzen (§§ 29 und 30).

Sitzungen auf Antrag des Arbeitgebers finden außerhalb der Arbeitszeit nicht statt.

Teilnahme von Organisationsvertretern an den Sitzungen des Betriebsrats.

Nach § 31 können Beauftragte der im Betriebsrat vertretenen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu den Sitzungen herangezogen werden. Es wird sich empfehlen, von diesem Recht den weitestgehenden Gebrauch zu machen. Dagegen kann der Arbeitgeber verlangen, daß je ein Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen, denen er angehört, zu den Sitzungen, an denen teilzunehmen er berechtigt ist, mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

Kosten der Geschäftsführung.

Die Kosten der Geschäftsführung trägt der Arbeitgeber. § 36 lautet:

Die durch die Geschäftsführung entstehenden notwendigen Kosten, einschließlich etwaiger Aufwandsentschädigungen, trägt der Arbeitgeber, sofern nicht durch Tarifvertrag etwas anderes bestimmt ist. Für die Sitzungen, die Sprechstunden und die laufende Geschäftsführung hat er die nach Umfang und Beschaffenheit des Betriebes und der geschäftlichen Aufgaben des Betriebsrates erforderlichen Räume und Geschäftsbetriebsmittel zur Verfügung zu stellen.

Ueber den genauen Umfang der Kostenberechnung sagt das Gesetz nichts. Der Betriebsrat muß deshalb vom Unternehmer an Kosten anfordern, soweit er für notwendig hält. Größe und Ausdehnung eines Betriebes ist entscheidend, was für den einzelnen Betriebsrat an Räumen und Geschäftsbetriebsmitteln erforderlich ist. So ist in einem Großbetrieb die Ueberlassung eines Telefonanschlusses, einer Stenotypistin mit Schreibmaschine usw. selbstverständlich. Ebenso muß dem Betriebsrat im Kleinbetrieb das notwendige Material, wie Schreibutensilien, Porto, Formulare, Reichsgesetzblatt usw. zur Verfügung stehen. Ferner müssen vom Unternehmer die Kosten für Fabriken, Verhandlungen vor Schlichtungsausschüssen und für alles sonstige im Rahmen der geschäftlichen Befugnisse sich bewegenden Tätigkeit des Betriebsrates getragen werden.

Betriebsversammlung.

Nach §§ 45, 47, 48, 49 und 57 gehören die Betriebsversammlungen in den Tätigkeitsbereich des Betriebsrates. Er hat sie einzuberufen und zu leiten. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Arbeitnehmer oder des Arbeitgebers ist der Betriebsrat verpflichtet, eine Betriebsversammlung einzuberufen. Die Tagesordnung ist in einer Sitzung des Betriebsrates oder von dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter festzusetzen und einige Tage vorher bekanntzugeben. In den Betriebsversammlungen können die Beauftragten der im Betrieb vertretenen gewerkschaftlichen Organisationen mit beratender Stimme teilnehmen. Der Vorsitzende hat die Vertreter der Organisationen schriftlich einzuladen. In Betrieben mit Schichtwechsel können an Stelle der Betriebsversammlungen Teilversammlungen treten, das gilt auch für Betriebe, deren Größe und Umfang die gemeinsame Betriebsversammlung unmöglich macht. In Betrieben mit Gesamtbetriebsräten treten an die Stelle der Betriebsversammlungen die Versammlungen der einzelnen Betriebe und können in diesen Anträge der Versammlungen über den Betriebsrat an den Gesamtbetriebsrat weitergeleitet werden.

Der Unternehmer ist nach § 36 verpflichtet, die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen oder die Kosten der Saalmiete usw. zu tragen. Die Betriebsversammlungen sollen

grundsätzlich außerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Muß in dringenden Fällen davon abgewichen werden, so ist dazu die Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich.

Der Vorsitzende des Betriebsrates, dessen Stellvertreter und sämtliche Ausschussmitglieder oder Vertrauensleute können jederzeit durch Mehrheitsbeschluß ihres Amtes entsetzt werden. Es werden dann sofort Neuwahlen gemäß § 12 statthaben. Neuwahl des Betriebsausschusses findet gemäß § 27 des BtG § 33 der Wahlordnung und § 26 des BtG nach den Grundrissen der Wahlordnung statt.

(Herausgegeben von der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.)

Gewerkschaftliches.

Steinarbeiter-Internationale. Am 12. Oktober wird in Kopenhagen der Kongress der Internationale der Steinarbeiter zum 20. Jahrestag.

Textilarbeiter-Internationale. Auf dem kürzlich in Wien abgehaltenen Kongress der Textilarbeiter-Internationale wurde beschlossen, den Mitgliedsbeitrag einheitlich für alle Länder in amerikanischen Dollars festzulegen, d. h. der Beitrag wird ab Januar 1925 mit drei amerikanischen Dollars für das Mitglied und das Jahr berechnet werden. Das Finanzmittels war grundsätzlich der Meinung, daß Landesorganisationen, die aus irgendwelchen Gründen fortgesetzt keine Mitgliedsbeiträge zahlen, nicht Mitglieder der Internationale sein können. Die englische Delegation, die zur Ernennung eines Sekretärs aufgeföhrt worden ist, wies den Engländer James Bell an. In einer Resolution über die Arbeitszeitfrage sprach sich der Kongress zugunsten der Fortsetzung allgemeinen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und gegen jegliches Schlichtensystem und jegliche Nachtarbeit in der Textilindustrie aus.

Buchdrucker-Internationale. Einem Tätigkeitsbericht der Buchdrucker-Internationale über das Jahr 1923 entnehmen wir folgendes: „Im Laufe des Berichtsjahres ist die Mitgliederzahl der Internationalen Buchdrucker-Sekretariat angeschwollen und betrug wiederum etwas zurückgegangen. Während sie 1922 infolge Eintritts des Londoner Maschinenmeister- und Hilfsarbeiterverbandes von circa 195 000 auf 172 000 fiel, ist sie im Berichtsjahr abermals um etwa 6000 gestiegen und betrug am Ende desselben noch ungefähr 166 000. Den absolut stärksten Rückgang hatte der Verband der Deutschen Buchdrucker zu verzeichnen, dessen Mitgliederzahl infolge des durch den Wertenschwund verursachten schlechten Geschäftsganges von 72 976 auf 57 480 gestiegen ist; die meisten dieser verlorenen Mitglieder wurden zum Berufswechsel gezwungen. Dann aber haben auch andere Länder, wie Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz infolge der mangelhaften Wirtschaftsverhältnisse Mitgliederverluste erlitten, wenn auch nicht in demselben Maße wie Deutschland. Hier verursachte die schlechte Konjunktur den Mitgliederverlust. Auch die Mitgliederzahl Österreichs ist ein wenig zurückgegangen. Belgien, Frankreich, Luxemburg, Polen und die Tschechoslowakei dagegen haben ihre Mitgliederzahlen etwas zu erhöhen vermocht. Dieser Beitritt vermag leider die oben erwähnten Verluste nicht zu kompensieren, ist aber immerhin sehr erfreulich. Dazu ist noch eine Neuaufnahme zu verzeichnen, indem der Spanische Buchdruckerverband mit ca. 850 Mitgliedern dem Internationalen Sekretariat beigetreten ist. Im Vorjahre fanden auch zwei Fusionen statt: in Österreich fusionierte der Verband der Hilfsarbeiter mit dem der Facharbeiter; in der Tschechoslowakei fusionierte der mährische (Prüner) Verband mit dem Prager Verband. Hierdurch fiel die Zahl der angeschlossenen Verbände von 24 auf 22.“

Das Sekretariat fordert die englischen Buchdruckerorganisationen zum Anschluß auf. Die spanischen und Sao-Pauloer Verbände meldesten bereits ihre Eintrittsbüchlein. Die Druckereivereinigungen der kleinen russischen Grenzstaaten wollen sich ebenfalls anschließen.“

Soziales.

Erwerbslosenunterstützung und Lohnlage. Aus der jüngst erlassenen Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge fällt einiges Licht auf die gegenwärtigen Lohnverhältnisse. Die Unterstützung der Arbeitslosen wurde durch diese Verordnung erhöht. So bekommt jetzt ein erwachsener männlicher Arbeitsloser in Berlin, der bisher 70 Pf. für den Tag erhielt, auf Grund der neuen Verordnung 1 Mk. für den Tag; ein Mann mit Frau und zwei Kindern statt der bisherigen 1.27 Mk. nunmehr 1.85 Mk. Auch ist die Spanne zwischen den Sätzen für Männer und denen für Frauen von 20 auf 10 Proz. vermindert worden. Als maßgebender Gesichtspunkt gilt aber, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht höher sein darf wie der übliche Lohn an entsprechendem Ort und Stelle. Deshalb gelten die in der Verordnung bestimmten Beträge als Höchstätze. Nach dem Kommissar im „Reichsarbeitsblatt“ erreichen nämlich die Unterstützungen an manchen Orten die üblichen Lohnsätze, zumal bei den Löhnen noch die Abzüge für Steuern und für soziale Leistungen abgezogen sind. Deshalb ist es in Gegenden mit besonders niedrigen Löhnen geboten, unter diesen Höchstätzen zu bleiben. Aus demselben Grunde wurde für die Familienzuschläge eine Höchstgrenze festgelegt. So rechnet also die Verordnung damit, daß der Tagelohn eines Vollarbeiters gegenwärtig vielerorten eine Mark nicht überschreitet. Die Unterstützung der Kurzarbeiter wurde bekanntlich seit Februar eingestellt. Inzwischen hat die Kurzarbeit einen ungeheuren Umfang angenommen und bei den niedrigen Lohnsätzen kann der Fall leicht vorkommen, daß der Verdienst der Kurzarbeiter unter den Begehren der Erwerbslosen liegt. Mit Rücksicht auf diese Möglichkeit hat die neue Verordnung gewisse Zuschüsse für Kurzarbeiter wieder möglich gemacht. Diese werden leistungsschwachen Fürsorgeverbänden für die nächsten drei Monate in beschränktem Umfang gewährt.

Die deutschen Lohnverhältnisse, veranschaulicht durch die Sozialversicherung. Wir entnehmen einem Aufsatz des Ministerialdirektors im Reichsarbeitsministerium Grieser im „Reichsarbeitsblatt“ vom 16. August die nachfolgenden Angaben. Der Verfasser schildert die Lage der Krankentassen seit der Stabilisierung. Er stellt fest, daß die Versicherten von den heutigen Beitragsätzen hart betroffen werden, weil sie zwei Drittel der Beiträge aufzubringen haben. Außerdem sind aber die Beiträge prozentual höher als vor dem Krieg; früher genügten 4 Proz. des Grundlohnes, heute sind 6 Proz. erforderlich. Trotz des höheren Prozentsatzes für die Beiträge ist der Ertrag für die Krankentassen im allgemeinen dennoch nicht höher, ja oft viel niedriger als früher. So war z. B. in Augsburg die Einnahme im ersten Vierteljahr 1924 bei 6,6 Proz. des Grundlohnes und 70 000 Versicherten um 300 000 Mk. geringer als im ersten Vierteljahr 1914 bei nur 4,16 Proz. des Grundlohnes und nur 44 000 Versicherten; selbst bei Zuwachs von 20 000 Mitgliedern konnte den Unternehmern nicht ausgleichen. Die Grundlöhne sind heute so niedrig, daß selbst höhere Beitragsätze bei vermehrter Anzahl der Versicherten einen geringeren Ertrag abwerfen als die Beiträge auf Grund der Friedenslöhne. Das sind — schreibt der Verfasser — nicht Zufallserscheinungen, sondern allgemeine Entwicklungsmerkmale. Derselbe Lage wird durch die Ausgaben der Krankentassen veranschaulicht. Die ärztliche Versorgung kostet heute das Doppelte der Vorkriegszeit, die Pflegekosten in den städtischen und staatlichen Krankenhäusern liegen um 50 bis 100 Proz. höher als früher. Dagegen ist der Anteil des Krankengeldes an die Ausgaben zurückgegangen. Dieser wird nämlich durch die Lohnlage bestimmt, die Löhne sind aber durchweg geringer als vor dem Krieg.

Allgemein verbindlich erklärt.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung),
Tab.-Nr. IV 1322/373.

Berlin NW. 6 Luisenstr. 33,
den 4. September 1924.
Fernspr.: Norden 11 900.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 67) für allgemein verbindlich erklärt.

- Vertragsparteien:
 - auf Arbeitgeberseite:
Arbeitgeberverband der Deutschen Feinmechanik- und Industrie;
 - auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands,
Berufsverband deutscher Keramarbeiter,
Verband der deutschen Gewerkschaften (S.-D.),
Deutscher Metallarbeiterverband,
Zentralverband der Maschinisten und Heizer,
Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe Deutschlands,
Deutscher Verkehrsbund.
- Abgeschlossen am 14. Juni 1924 (angenommener Schiedspruch). Nachtrag zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrag vom 1. April 1924.
- Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingut-, Glas- und Steinzeugwarenindustrie mit Ausnahme der Betriebe der dem Verbands Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen.
- Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausnahme der Steingutfabrik Witteburg, U.-G., in Farge. Die Ausdehnung auf diese bleibt vorbehalten.
- Die allgemeine Verbindlichkeit gilt für die Zeit vom 9. Juni bis 3. August 1924.

Eingetragen am 8. 9. 1924 auf Blatt 7030 des Dr. Syrup.

Tab. Nr. 26 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez. Sprengel.



Anti-Kriegstag 1924 am 3. Sonntag im September.

Aus unserem Beruf.

Farge. Proleten, merkt es Euch! In der hiesigen Steingutfabrik, U.-G., sind angeblich wegen Arbeitsmangel eine Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie einige Meister gefeuert bzw. zurückverlegt worden. Darunter haben wir von unserer Zahlstelle auch sechs Dreher, acht Heizer und einige Frauen bzw. Mädchen u. mehrere Burschen als Opfer der gottgewollten Wirtschaftsordnung zu beklagen, und zwar Facharbeiter, die 50 Jahre und länger bei der Firma Witteburg, U.-G., gearbeitet haben und über 30 Jahre Verbandsmitglied sind. Es sind bei der Firma beschäftigt gewesen: Kollege M. 58 Jahre, Kollege E. 55 Jahre, Kollege W. 52 Jahre, Kollege M. 47 Jahre, Kollege M. 43 Jahre, Kollege K. 42 Jahre, Kollege K. 41 Jahre, Kollege E. 40 Jahre, Kollege F. 43 Jahre, Kollege D. 36 Jahre, Kollege M. 35 Jahre, Kollege G. 35 Jahre, Kollege D. 33 Jahre, Kollege H. 28 Jahre. Das sind aber längst nicht alle Gefeuerten. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, die Sperre über den Betrieb zu verhängen und zwar solange, bis die Firma die Kollegen wieder einstellt, die brutal auf die Straße gesetzt sind. Bisher wird hier wöchentlich nur vier Tage gearbeitet. Arbeitsmangel, Geldknappheit und die veraltete Fabrikeinrichtung sollen schuld sein, daß die Firma nichts verdient. Auch der Umstand, daß Farge in einem unangünstigen geographischen Gebiet liegt, wird als Begründung angegeben. Sollte der Betrieb sich mit den nun noch verbliebenen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht heben, so sieht sich die Firma gezwungen, den Betrieb gänzlich zu schließen. Aber Dr. Kunze (Arbeitgeber-Individuum) ist der Ansicht und hat die Hoffnung, mit dem nun noch zurückgebliebenen Personal, wenn jeder seine Arbeitskraft hergibt, die er noch besitzt, den Betrieb wieder rentabel zu gestalten. Dann ist auch Dr. Kunze nicht abgeneigt, die alten eingearbeiteten Leute wieder einzustellen. Bis dahin wollen wir abwarten und die Sperre über den Betrieb der Steingutfabrik Witteburg, U.-G., bestehen lassen.
Kollegen allerorts, übt Solidarität!

Waldenburg. Das reinste Theater. Die Direktion der Porzellanfabrik Königszell legt ihrer Belegschaft gegenüber ein eigenartiges Benehmen an den Tag, das unter den Arbeitern steigende Erbitterung hervorruft. Wir haben in der letzten Zeit öfter Gelegenheit genommen, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, wie die Direktion immer mehr den Herrn-im-Hause-Standpunkt hervorkehrt und glaubt, mit den Arbeitern nach Belieben umspringen zu können. Die Bezeichnung „Komödie“ wäre für das Verhalten der Direktion wohl angebracht, wenn es sich hierbei nicht für die Arbeiterschaft um so bittere ernste Angelegenheiten handelte. Es sei hier kurz geschildert, wie die Vorgänge abspielten. Wie in der gesamten Porzellanindustrie Schlesiens wurde auch in der hiesigen Fabrik im Verlaufe des Kampfes um die Anerkennung und Zahlung der Tariflöhne der gesamten Belegschaft gefeuert. Man schien aber nicht viel Wert auf die Stilllegung des Betriebes zu legen, denn als der Aussperrungstag (9. August) herangerückt war, verlängerte man die Frist um acht Tage! Ein Beweis dafür, daß es eine bloße Ausrede ist, wenn die Direktion „Mangel an Betriebsmitteln“ als Grund für ihre Aktion angab. Man wollte sich nur auf der einen Seite davor brüsten, den Arbeitern menschenwürdige Löhne zu zahlen, während auf der anderen Seite eine Menge dringender Aufträge der Erledigung harren, die es nicht gestatten, den Betrieb auch nur für kurze Zeit stillzulegen. Inzwischen erfolgte die Keuregelung der Arbeitsbedingungen durch den Abschluß des neuen Reichstarifvertrages, so daß auch die Aussperrung am 16. August nicht zur Ausführung gelangte, obgleich die Unternehmer nun doch zur Zahlung der Zuschläge verpflichtet wurden. Wir vermuten, daß die Direktion sehr froh darüber war, nun weiter arbeiten zu können, denn die Aussperrung wurde sofort zurückgenommen und man erklärte, daß in den nächsten vier Wochen kein Urlaub gewährt werden könne; es werde jetzt jede Arbeitskraft dringend zur Produktion benötigt. Die Direktion scheint aber selbst nicht zu wissen, was sie eigentlich will, denn wenige Tage darauf kündigte sie wieder der gesamten Belegschaft. Was soll ein vernünftig denkender Mensch dann zu einem solchen Verhalten sagen? Doch es kommt noch schöner. Am folgenden Sonnabend, den 23. August, hätte nun der Betrieb geschlossen werden müssen. Doch was geschah? Am 23. verlängerte die Direktion

die Frist wieder um acht Tage. Es ist zum Lachen. Doch was soll die Belegschaft dazu sagen, die nun schon den ganzen August hindurch Sonnabend für Sonnabend mit der Aussperrung zu rechnen hat? Die Direktion scheint Vergnügen gefunden zu haben an dem Spiel mit mehr als tausend Arbeiterexistenzen! Aber glaubt man, daß die Lust und Liebe zur Arbeit gefördert wird, wenn man auf solche Weise die Belegschaft in spannenber Anruhe hält? Ein berartig verantwortungsloses Verhalten kann nicht scharf genug verurteilt werden. Öffentlich werden nun auch dem letzten die Augen geöffnet. So daß er erkennt, daß sein Platz in der freien Gewerkschaft ist. Wenn die Arbeiterschaft restlos im Porzellanarbeiterverband organisiert sein wird, dann kann sie allen bevorstehenden Machtkämpfen mit dem Unternehmertum in Ruhe entgegensehen. Die Direktion klagt über „Mangel an Betriebsmitteln“, sie müßte entweder den Betrieb stilllegen oder bei den Löhnen der Arbeiter einen Abbau vornehmen. Wir möchten einen anderen Ausweg vorschlagen, der mit mehr Erfolg verspricht. Wenn nun einmal durchaus gesperrt werden muß, dann raten wir bei den Gefeuerten der oberen Beamten einen Abbau vorzunehmen. Aus den Zahlen, die über die Gehälter dieser Herren genannt werden, kann man schließen, daß sie von der Not der Zeit bis jetzt kaum etwas gemerkt haben und auch kaum etwas merken werden, selbst wenn man ihnen einen Teil davon wegnimmt.

Die schließlichen Stilllegungen und deren Auswirkung. Nachdem die in den letzten Tagen die Betriebe Tilsch und Dime ihre Pforten der Arbeiterschaft wieder geöffnet haben, haben die übrigen Betriebe im hiesigen Bezirk es für nötig gefunden, von dem Recht der Stilllegung auch Gebrauch zu machen, und zwar auf ganz verschiedene Art und Weise.

Der Betrieb in Königszell ist bereits durch vorstehenden Artikel beleuchtet worden. Etwaß weiter entfernt die Arbeiterschaft von 14 Tage zu 14 Tage, desgleichen die Firma Krister, Waldenburg, die jetzt durch neuen Anschlag bekannt gegeben hat, daß am 5. September die Entlassung fallen wird. Man erhofft jedoch von der Messe Aufträge und will sich so vor der Stilllegung, die man nicht gern sieht, aber als Druckmittel gegen die Arbeiterschaft anwendet, am liebsten im Jahr 1924, vorbeidrücken. Man sollte gar nicht meinen, wie sich die Unternehmer wandeln können. Als sie gezwungen waren und heute noch gezwungen sind, ihren Betrieb zu schließen, blutet ihnen angeblich das Herz, wenn sie die Leute arbeits- und brotlos machen müssen. Auf der anderen Seite läßt es sie riesig kalt, wenn sie alte Arbeiter, die ein Menschenalter dem Betrieb ihr Bestes hingegen haben, auf die Straße setzen. Im kleinen Sophienau sind es nicht weniger wie acht Fälle, wo man alte Arbeiter und zwei Arbeiterinnen, über 60 Jahre alt, auf die Straße geworfen hat, die man den Gemeinben überantwortet und für die es schwer ist, Arbeit zu bekommen, da nach den famosen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge die Leute im vorgerückten Alter für den Arbeitsmarkt nicht in Frage kommen.

In Schweidnitz ist ein ähnlicher Fall zu verzeichnen. Dort hat man einen Arbeiter, der 30 Jahre bei der Firma beschäftigt war, bei der Stilllegung entlassen, weil — er und seine Frau Renteneinsparner sind — und dieser Firmeneinhaber Herr Krause, überpuzelt sich, indem er dauernd hervorhebt, was er für seine Arbeiterschaft bisher Gutes getan hat; aber jetzt sei es Schluss, nachdem man ihm dauernd mit den tariflichen Bestimmungen komme und sein Recht verlange. Dieser Kranke ging sogar soweit, einen Kollegen im Brennhaus mitzubringen, der an Krämpfen litt infolge des Krampfes, aber seit über einem Jahr davon nichts mehr verspürte. Dieser Kollege ist kriegsbeschädigt und bezieht eine knappe Rente. Herr Krause als Anti-Kriegsbeschädigter (er war Offizier) spürt natürlich von den Leiden eines Arbeiters, der Familie zu ernähren hat und nur Rentenne an Rente bekommt, nichts. Aber nicht genug: Herr Krause hat sogar einen Arbeiter entlassen im Brennhaus, der angeblich schlecht sieht, und einen anderen, der, auch als Kriessoldat, an Malaria gelitten hat. In der Masmühle schob er den Vogel ab, indem er eine alte Frau entließ, die wohl körperlich etwas stark beliebt, aber immerhin ihre Arbeit gemacht hat. Wir bezweifeln, daß diese Frau zu dem körperlichen Wohlstand gekommen ist durch viele Ruhe, die sie bei der Firma Krause genossen hat, sondern daß das ihre privaten Angelegenheiten sind.

Am den Betriebsratsvorsitzenden los zu werden, hat man ein anderes Mittel erlommen; das war dieses: Man löst die Verteilung auf. Der Kollege, der darin beschäftigt war, war mit noch einer Kollegin, welche lanac Zeit schon krank ist, die ein- zinsten Arbeiter. Sie machten Delmalerei, die sogenannten Malerei. Da der Kollege an sich nicht in der Lage war, neue Muster zu machen (in Wirklichkeit fehlte es an den Materialien dazu, die Krause nie beschaffte), erklärte man, die Verteilung geht ein, sagte aber, sobald er eine geeignete Kraft findet, welche den Kollegen ersetzt, kommt sie wieder in Gang. (Wer lacht da?) Wir ersuchen daher die Kollegen der Steingut- und Malerei-Branchen, soweit sie Delmalerei und die Malerei beherrschen, um den Betrieb in Schweidnitz einen großen Wogen zu machen.

Was sich einzelne Anstrengungen im Verkehr mit der Arbeiterschaft herausnehmen und die Behandlungsmasse der Betriebsräte, daß man mit denen in einem Großbetrieb nur noch schriftlich verkehrt, werden wir in einem späteren Artikel beleuchten, möchten aber heute der Arbeiterschaft zurufen:

Vernekt nicht, was man Euch und Euren Familien in den letzten Wochen angetan hat. Merkt's Euch und schließt Euch zusammen! Eure Organisation ist die einzige Stütze in kommenden Kämpfen. Rüttelt die Lauen auf! Das geschlossene und einheitliche Vorgehen der Unternehmer soll allen Mitgliedern bis zum jüngsten Lehrling herab zu denken geben. Darum hinein in den Porzellanarbeiterverband!

Berichtungsberichte.

Bayreuth. Die Zahlstelle Bayreuth konnte im Monat August ihr 25jähriges Bestehen feiern. Am 14. August 1899 wurde die Zahlstelle gegründet, und heute noch sind eine Reihe von Kollegen in Bayreuth die zu den Gründern der Zahlstelle gehören. Es sind dies die Kollegen Karl Kröniger, Anton Schinner, Lorenz Stahlmann, Georg Böhner. Außerdem gehören der Zahlstelle noch eine Reihe von Mitgliedern als Jubilare an. Der Kollege und derzeitige Vorsitzende der Zahlstelle, Karl Gampe, ist 25 Jahre, der Kollege Oswald Herrmann 31 Jahre der Kollege Georg Gade 29 Jahre, der Kollege Hugo Seebach 28 Jahre und der Kollege Karl Beck 26 Jahre Mitglied unseres Verbandes. Am 16. August wurde das 25jährige Bestehen der Zahlstelle feierlich gefeiert. Konzert und Ball, verbunden mit einer Ehrung der Jubilare, bildeten das Programm. Allen Jubilaren wurde zur Erinnerung ein kleines Andenken überreicht, für das der Kollege Gampe im Namen der Jubilare herzlich dankte und dabei einen Appell an die Mitglieder richtete, es ebenjo zu machen wie die Jubilare. Fest und treu zur Organisation zu halten und den Glauben an die Gewerkschaften nicht zu verlieren, müsse die Lösung sein und bleiben. Auch der alte Jubilar, Kollege Oswald Herrmann (zurzeit am Streik bei der Firma Schlegel beteiligt), richtete ergreifende Worte an alle Kollegen. 31 Jahre sei er Mitglied des Verbandes, so führte Kollege Herrmann aus, er habe gute und schlechte Zeiten in der Organisation mitgemacht, aber immer sei es die Organisation gewesen, die ihn in der schlimmsten Zeit, in der Not, geholfen habe. Nach einem einzelnen Kollegen könne es in einer so großen Organisation nicht gehen, jeder müsse sich unterordnen unter die selbstgeschaffenen Bestimmungen und Anordnungen. Nur so sei Gewähr für ein Gelingen unserer Sache und für Gelingen unseres Verbandes gegeben. Diese Ausführungen des Kollegen Herrmann fanden großen

Veisfall. Das Stifftungsfest war ein gelungenes; recht gemüthlich waren alle vereint und vergaßen für ein paar Stunden die Mühe der Zeit.

Redaktion und Hauptbureau entbieten den Jubilaren herzlichste Glückwünsche, viele Grüße und den Dank der Organisation für die jahrezeitliche bewährte Treue. Das Verhalten unserer alten Wahrenther Jubilare soll uns allen als Beispiel dienen.

Frankreich. Die am 29. August 1924 stattgefundene gutbesuchte Zahlstellenversammlung befaßte sich hauptsächlich mit Organisations- und Betriebsfragen. Das Gauschiedsamt Sachsen, welches beauftragt war, eine Entscheidung über den verweigerten Urlaub für Lehrlinge und Jugendliche zu treffen, hat die Angelegenheit an Thüringen überwiesen. Eine lebhaft und interessanter Diskussion entspann sich über „Betriebsliches“. Der Vorsitzende gab bekannt, daß ein Vertrag mit den zwei Kassenärzten zustande gekommen ist und für die Mitglieder von nun an freie Arztwahl besteht. Um dieses zu erreichen, führten die Kollegen Wesp und Bluthner seit vielen Monaten mit dem Krankenkassenvorstand einen hartnäckigen Kampf. Da die Leistungen unserer Betriebskrankenkasse zurzeit schlechter sind als die der Ortskrankenkasse Greiz, wurde erneut beschlossen, ein Schreiben an den Krankenkassenvorstand zu richten. Die Versammlung erwartet bald eine endgültige Regelung. Eine große Erbitterung hat seit langer Zeit unter der Arbeiterschaft Platz gegriffen, weil die hiesige Firma, Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., angeblich wegen Geldmangel, schon seit Wochen ihre Beschäftigten als Abschlagszahlungsobjekte betrachtet. Die Fabrikleitung zählt nämlich die sauer verdienten Groschen ratenweise aus. Eine rege Aussprache löste auch die Behauptung der Firma aus, sie habe monatlich 50 000 bis 60 000 Goldmark Defizit. Die Versammelten hielten es für ausgeschlossen, was die Firma behauptet, da doch der Betrieb bis jetzt noch mit Aufträgen überhäuft ist und seit März die 54-Stunden-Woche eingeführt ist ja, sogar teilweise wochenlang 11 Stunden gemacht wurden. Unbegreiflich ist es der Versammlung, daß die Firma von der 48-Stunden-Woche langsam auf den Zehnstundentag zusteuern wollte und jetzt auf einmal mit der 39-Stunden-Woche den Meiler in den Sattel heben will. Die Arbeiterschaft zerbricht sich den Kopf darüber, wie die Generaldirektion durch diesen Schachzug den Betrieb rentabel machen will. Die Herren Direktoren mit dem ganzen Schweif von Beamten werden die Steine solange hin- und zurückschieben, bis die Belegschaft, wenn sich das Lager angehäuft hat, mattgelegt ist und auf Wochen hinaus (wie voriges Jahr) auf der Straße liegt und dem Hunger, Elend und der Kälte samt den Familien preisgegeben ist. Bis vor ganz kurzer Zeit hatte die Belegschaft an den Wunden, die ihr durch die letzte Ausperrung, weil Singer keine Steuern nicht bezahlen wollte, zu klauen. Schon nähern sich die Anzeichen, daß sich Generaldirektor Singer rüht, um einen neuen Gang mit uns wagen zu können. Um den Betrieb zu stabilisieren, hat man schon jetzt einsteilen, genau wie voriges Jahr, mit Entlassungen begonnen und hat vorerst 30 Mann auf das Pflaster geworfen mit der Begründung, die unproduktiven Kräfte müssen abgebaut werden. Es wurde dann noch die Anfrage gestellt, ob Singer der Belegschaft von 800 Mann einen Rat geben kann, wie der Arbeiter sich für den schon jetzt langsam einschleichenden Winter mit Kartoffeln und Kohlen eindecken soll. Aber die Versammlung weiß schon im voraus, daß der gute Mann, trotzdem er bis jetzt schon die schwersten Probleme „gelöst“ hat und noch „lösen“ wird (Tuntenlösen) und sollte es auch um Millionen gehen, dieser Milere im Punkt Magenfrage des Arbeiters sich keinen Rat weiß.

Vermischtes.

Kampfanzeige. In der neuesten Nummer der „Mitteilungen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ befinden sich einige Zahlenangaben über die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung, die natürlich für die Wirtschaft unerträglich sei, und auch in den von den Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes herausgegebenen „Wirtschaftlichen Nachrichten“ finden wir den gleichen „Hohlschrei“. Wir müssen uns darüber klar sein, so heißt es, „daß wir auch unsere sozialpolitischen Wünsche und Leistungen auf das wirtschaftlich zweckmäßigste gegebene Maß zurückzuführen müssen. Daß sich daraus in den nächsten Monaten und Jahren heftige Kämpfe entwickeln werden, ist anzunehmen.“ Es soll wieder alles, was itzt, auf Kosten des Arbeiters wie des Angestellten gehen, kurz aller, die vom Kapitalismus abhängig sind. Das bedeutet organisatorische Kampfgleichzeitigkeit gerade für die kommenden Jahre alles, wenn das Proletariat nicht nur sein wirtschaftliches, sondern auch ein Stück seines kulturellen Rechtes wahren will. Welche Dreistigkeit das Unternehmertum da in seinem Unterdrückungsverlangen an den Tag legt, beweist die Tatsache, daß die Beiträge der Arbeitnehmer in den einzelnen Versicherungsweigen genau so gestiegen sind wie die der Arbeitgeber. Wenn die Beiträge da für die Unternehmer unerträglich sind, wieviel mehr müßten sie es da für das Proletariat sein! Und trotzdem wagt man die Kampfanzeige! Da gilt es, gerüstet zu sein!

Tierchutz und Menscheneconomie. In Schweden haben unter der Leitung von Tierärzten eingehende Versuche stattgefunden, wie die Anstrengung beim Bewegen von schwer beladenen Wagen bei Verwendung verschiedener Konstruktionen auf Puls und Atmung der Pferde einwirkt. Das Resultat ist das, daß Tierchutz und eigener Vorteil bei der Vervollkommnung der Wagen Hand in Hand gehen. Die Mehrausgaben für die technische Vervollkommnung bedeuten Verlängerung des Lebens der Pferde.

Es unterliegt keinem Zweifel und ist auch bereits längst bewiesen, daß das gleiche für den Menschen gilt. Und doch wird der Unternehmer für die Erleichterung der Arbeit sein, wenn es sich um das Tier handelt, aber nicht, wenn die Ausgabe eine Verlängerung des Menschenebens bedeutet. Denn das Tier bedeutet für ihn Geldwert, während er menschliche Arbeitskräfte genug haben kann, wenn die einen verbraucht sind. Es ist die gleiche Erscheinung, die auch so mancher von uns früher beim Militär machen konnte, wo der Gaul ganz anders behandelt wurde als der Mensch.

Für das Unternehmertum gibt es keine sittlichen Werte. Am Kapitalismus gibt es nur Ware und Gewinn. Der Profit durchzieht das ganze kapitalistische Denken. Und darum ist auch das Arbeiterleben nur dann zu einem Stück menschlicher Kultur werden, wenn die Gemeinschaft die Trägerin der Produktionsmittel ist, wenn der Sozialismus als die Einheit von Kultur und Wirtschaft errungen ist. Der Sozialismus muß darum das letzte Ziel jedes sittlich fühlenden Menschen sein.

Sandmalerei. Eine neue Mode, die von den Amerikanern herüber angegangen ist, aber auch in England viele Anhänger gefunden hat, ist die Anfertigung von Sandmalereien. Die bunten Farben auf einem Grund von weißem Sand ausgeführten Gemälde finden sich nicht nur an Stränden, sondern werden auch in großen, mit Sand gefüllten Glaskästen als Kunstwerke aufbewahrt. Diese merkwürdige Art der Malerei ist nicht neu, sondern bereits im 18. Jahrhundert wurde die Kunst der Sandmalerei gepflegt, und es gibt Sammler, die 150 Jahre alte Sandgemälde besitzen. Die Sandmaler der Vergangenheit benutzten verschiedenefarbige Sandarten und trugen die feinen Farben auf ein Holz Brett oder auf Leinwand auf, auf denen sie mit einer Art Lehm oder Kement befestigt wurden. Man ahmt jetzt diese alte Methode der Sandmalerei nach, befreit aber jetzt eine Leinwand mit einer Schicht von Lehm oder Firnis und bringt dann weiße Sandkörner darauf. Die Malerei erfolgt mit farbiger Tinte, die auf dem weißen Sand sehr eigenartig wirkt. Ein solches Gemälde auf einer Sandfläche auszuführen, erfordert eine ganz andere Technik als die gewöhnliche Öl- oder Aquarelmalerei; sie legt starke Beschränkungen auf,

gestaltet aber auch besondere Wirkungen, wie sie auf andere Weise nicht zu erzielen sind.

Die Folgen verlängerter Arbeitszeit. In einer größeren chemischen Fabrik Mitteldeutschlands wurden in der Generatorenanlage des Betriebes 240 Arbeiter im Jahre 1923 beschäftigt. Davon erkrankten im Laufe des Jahres 129 mit insgesamt 1924 Krankheitstagen. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Krankheitsfall nicht ganz 15 Krankheitstage. Anfang Januar dieses Jahres wurde in dieser Fabrik die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, die Arbeiterzahl betrug in der Generatorenanlage jetzt 246. Von diesen 246 Arbeitern erkrankten jedoch nunmehr bis zum 23. Juli 242 mit insgesamt 6023 Krankheitstagen. Auf den einzelnen Erkrankungsfall kommen demnach 26 Krankheitstage. Während im Jahre 1923 insgesamt 40 Betriebsunfälle zu verzeichnen waren, erhöhte sich die Zahl im Jahre 1924 in dem Zeitraum von nicht ganz 7 Monaten auf 52. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus in allen Verufen und Industrien, die von gesundheitlichen Schädigungen bedroht sind, für die Arbeiterschaft unerträglich ist. Die Gefahrenzone ist aber für die gesamte deutsche Arbeiterschaft durch die Unterernährung in den Kriegs- und Inflationsjahren ohne weiteres als bestehend nachgewiesen.

Kaufkraft! Endlich bricht sich die Erkenntnis, daß die Abjaktirte der verminderten Kaufkraft zuzuschreiben und demzufolge nur durch eine Steigerung derselben zu beheben ist. Wahn. Es mehren sich auch in der kapitalistischen Presse die Stimmen, welche diese Tatsache betonen. Der englische Politiker Winston Churchill, der bekannte Sozialistenfresser, verkündete unlängst auf der Weltrekonferenz diese Wahrheit. Die holländische Wirtschaftskreise beklagen sich über die schlechte Kolonialpolitik der Regierung, bezwufolge die Eingeborenen holländisch-Indiens dank der gedrückten Löhne nicht kaufkräftig sind, sie können die holländischen Waren nicht aufnehmen. Die Krisenwelle der Vereinigten Staaten hat Kurzarbeit in großem Maßstab nach sich gezogen. Es wird nun eine Propaganda entfaltet, daß der Tagesverdienst der Arbeiter selbst während der Krisenzeit nicht unter 7 Dollar im Tag sinke, damit sie trotz der Kurzarbeit kaufkräftig bleiben. Der große Widerspruch besteht darin, daß die Unternehmer, welche jetzt die Wichtigkeit der Hebung der Verbrauchsfähigkeit der Massen betonen, für ihren eigenen Betrieb die Konsequenzen nicht ziehen wollen.

Zur Frage der Arbeiteraristokratie und der Gewinnbeteiligung. Die amerikanische Präsidentenkampagne wirkt auf dieses Problem einiges Licht. Der progressive Kandidat La Follette nimmt den Kampf gegen die Trusts und das große Finanzkapital auf und dürfte in seinem Kampf auf die Unterstützung der Arbeiterschaft rechnen. Eine riesige Propaganda der beiden korrupten Großparteien des Kapitals ist aber bestrebt, die Arbeiter von der fortschrittlichen Partei u. La Follette abzuwenden. Würde La Follette siegen, heißt es in den unzähligen Flug-schriften, so würde das Vertrauen der Geschäftsleute in der Zukunft erschüttert und die Aktien und Wertpapiere würden sicherlich um die Hälfte stürzen. Man sagt, es seien 15 Millionen Inhaber von Aktien und Wertpapieren, die auf solche Weise zur Unterstützung der kapitalistischen Parteien gebrannt werden sollen. Unter ihnen befinden sich aber auch sehr viele Arbeiter. Nach einem Aufsatz von John Lee im „Manchester Guardian Commercial“ besitzen dort drei Millionen Arbeiterfamilien Aktien der Unternehmungen, in denen sie angestellt sind. Unter den 77 000 Aktionären des großen Trusts „Armour Company“ sind zum Beispiel 40 000 beim Trust angestellt, die 1 bis 24 Aktien besitzen. Die großen Arbeiterbanken, so die von den Gewerkschaften der Lokomotivführer und der Damenschneider errichteten Banken, kaufen Industriebriefe, besonders der Unternehmungen des eigenen Industriezweiges. Werden diese Arbeiteraktionäre durch ihren Aktienbesitz an das Finanzkapital gekettet und, um einen möglichen Aktiensturz zu verhindern, verkaufen sie ihre Seelen demselben, so müssen die, welche von der Gewinnbeteiligung eine Abschmähung des Klassenkampfes erwarten, recht behalten ja, es würde sich daraus ergeben, daß die Gewinnbeteiligung dieser Arbeiterschichten zur Verewigung der politischen Macht des Monopolkapitals beiträgt.

Literarisches.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 5. Preis des Heftes 1 Mk. Verlag: Gewerkschafts-Archiv, Sena, Gamsdorferstr. 10. Das vorliegende Heft 5 ist zum Teil einem besonderen Problem, und zwar der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, gewidmet. Rich. Seidel, Otto Jansen, der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule Fritz Friede, ferner Engelbert Graf, Richard Wobit und der Herausgeber Zwing sind mit Aufsätzen über dieses wichtige gewerkschaftliche Problem vertreten. Die Aufsätze bringen auch viele Anregungen zu den gewerkschaftlichen Winter-Bildungstagen. Der Artikel des Herausgebers „Nach 60 Jahren“ ist zugleich ein geschichtlicher Gedenkartikel über die Gründung der ersten Internationale (28. 9. 1864 in London). Weiter gibt Rob. Fette in dem Heft einen interessierenden Rück- und Ausblick über die deutsche Sozialversicherung. Dann folgt wieder ein reichhaltiger Heberichtsanteil, der ebenfalls noch eine Reihe selbständiger Artikel bringt. Unter Betriebsratwesen gibt Körperl einen Heberblick über die neueste Betriebsrateliteratur und über wichtige Entscheidungen in der Betriebsrats-Rechtprechung. Bestimmungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der Verlag Gewerkschafts-Archiv in Sena entgegen.

Wie aus dem Heft weiter bekannt wird, ist dem Gewerkschafts-Archiv jetzt eine G.-U.-Bücherei angegliedert. Die Bücher der Gewerkschafts-Archivs erhalten die Bücher dieser Schriftenreihe zum halben Ladenpreise. Als erster Band dieser gewerkschaftlichen Schriftenreihe wird angekündigt „Sozialologie der Gewerkschaftsbewegung“ von Zwing. Nach der Ankündigung soll es sich um ein grundlegendes Werk über die deutsche Gewerkschaftsbewegung handeln und wird das Buch noch in diesem Herbst erscheinen.

† Sterbetafel †

Erbschaftsbesitzer Ferdinand Kofst, Sortierer, geb. 2. 1. 1882 zu Dombrowo, gest. 2. 9. 1924 an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Lehrer Carl Holland, Augenarzt, geb. 11. 11. 1878 zu Einberg, gest. 28. 8. 1924 an Lungen- und Rippenfellentzündung.

Eisenberg. Paul Wenzel, Sieher, geboren am 22. 8. 1882, gestorben an Lungen- und Leberleiden. Organisiert seit 1899. Kollege W. war 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes und hat sich stets als tüchtiger, ehrlicher Kollege gezeigt.

Altenau. Carl Schrödel, Schmelter, geboren am 15. 7. 1882, gestorben an Rückenfellentzündung. Organisiert seit 1918.

Sahla. Willy Pieper, Lagerarbeiter, geb. 8. 2. 1893, gest. 31. 7. 1924 an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Stettin. Daniel Schlichtweg, Brennhausarbeiter, geb. 21. 10. 1870, gest. an Rückenmarkentzündung. Mitglied seit 1919.

Tiefenfurt. Gertrud Gütte, Sieherin, geb. 13. 5. 1896, gest. 1. 9. 1924 an Lungenleiden. Mitglied seit 1920.

Gehet ihrem Andenken!

Warnung!

Umschorn. Warnung! Dreher- wie Malerkollegen, beabsichtigen, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse erlucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung über die bestehenden Verhältnisse erkundigen zu wollen.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit treiben verschiedentlich Schwindler in Umwesen. Auch in unserem Beruf gibt es herumreisende, denen man auf die Finger sehen soll und vor denen man vor allen Dingen die Taschen aufknöpfen soll. In einer Zahlstelle ist ein junger Mann, der anaab, Franz Martel zu heißen und Porzellanmaler zu sein, gelungen, sich einen Betrag zu verschwindeln. Der angebliche Kollege will vom hiesigen Maler für besteriert sein und seine Eltern wohnen in Magdeburg Parfstr. 4. Diese Strahe gibt es aber in Magdeburg gar nicht. Der Mann spricht österreichischen oder bayerischen Dialekt. Wo er auftritt: „Vorsicht!“

Briefkasten.

Fraureuth. Arbeitsgesuche nur für das Ausland haben der „Ameise“ ihren Zweck verscheit.

Abressenänderungen.

Fraureuth. Schriftf.: Emil Heinge, Formgießer, Fraureuth Neuh, Kolonie 2.

Röth. Vorsitzender: Hermann Haag, Maler, Wahnhostraße 126.

Schwaben. Der Kassierer heißt nicht Joseph, sondern Georg Schenk.

Verfaunilungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung: Mittwoch den 17. September, abends 7 Uhr, in der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Charlottenburg, Wegelstraße.

Quittung.

Für die tranke Kollegin Schmidt gingen nachstehende Beiträge ein: Krzberg, Röth, Schwarzenhammer je 5.—; Schönwald, Weiben je 4.—; Eilsterwerda, Hennigsdorf, Magdeburg Blau (Ehr.), Frauenstein, Spandan, Tiefenfurt, Zeltow, Brandenburg, Charlottenburg je 3.—; Annaburg, Limbach, Colbitz, Kahllütte je 2.— Mk., Summa 61.— Mk. Im Namen der Kollegin Schmidt, sowie der Zahlstelle Stablengsfeld spreche ich hiermit allen Spendern den herzlichsten Dank aus.
Richard Luther, Kassierer.

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere: Prima Benghali Hyrocasschwämme, groß und mittel, das kilo 80.— bis 150.— Goldmark; billige Hyrocassa, in allen Größen sortiert, das kilo 24.— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Gasur- u. Garnierungsschwämme, b. kilo 50.— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das kilo 80.— bis 150.— G.-Mk. G.-Mk., feinste große Levantiner „Elefantenhorn“, das kilo 2—300 G.-Mk., faustgroße, weiche prima Reef (auch f. Drudereien geeignet), das kilo 60.— G.-Mk., Reef ob. Hartheadschwämme, sort. Größen, b. kilo 35.— G.-Mk., Pferdegeschwämme, faust- bis kopfgroß, p. Stk. 1.— b. 5.— G.-Mk., Zahlungsbeking. n. Vereinarb. G. Mischelohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Schiffsinspektoren muß stets das Preisporto beigelegt sein, damit die Weiterbeförderung möglich ist.

Porzellanfabrik im Rheingau sucht für sofort einen unverheirateten

Dreher

für Porzellanisolatoren.

Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild erbeten an die

Porzellanfabrik G. m. b. H. Nendorf, Rheingau.

Wir suchen per sofort einige jüngere perfekte

Dreher

für Flachgeschirr, sowie einige perfekte

Gießer(innen)

für Gebrauchsgeschirr.

Angebote an
Werra Porzellanfabrik A.-G., Heiningen.

Inferate im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden sperrig berechnet und haben den größten Erfolg.

Tüchtiger Figurengießer, der auch perfekter Abgießer und Formengießer ist, sucht Stellung. Angebote unter „F. 127“ an die „Ameise“.

Schleifer

ledig, 29 Jahre alt, mit allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, fleißig und pünktlich, sucht sofort Stellung. Angebote unter „F. 128“ an die „Ameise“.

Junger Dreher (Steingut)

sucht sofort Stellung. Ich bin Dreher für Keller und Bedeckung, kann auch Matten und Hohlgeschirre formen und habe in der Gießerei die notwendigen Erfahrungen. Eventuell auch Ausland. Angebote unter „F. 129“ an die „Ameise“.

Tüchtiger Schleifer, in allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, sucht Dauerstellung. Angebote unter „130“ an die „Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Neuninger, Charlottenburg, Wabelfraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Wabelfraße, Neubau.

Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.